SCHWARZ-WEISS-DENKEN

Empathie und Solidarität in Zeiten des Ukraine-Krieges

Schutzsuchende Menschen erreichen Polen sowohl über die Grenze zu Belarus als auch aus der Ukraine. Aber die Situationen an den Grenzen, die Berichterstattung und auch die Hilfsbereitschaft der europäischen Gesellschaften könnten unterschiedlicher kaum sein.

Mein Telefon klingelt. „Hallo, hier ist Maja. Wir kümmern uns um einen jungen Mann aus Syrien an der Grenze Polen zu Belarus. Er ist in der Sperrzone und kann nicht mehr. Können sie ihn rausholen?“ Ich muss verneinen und bleibe zurück mit einem mulmigen Gefühl, nichts tun zu können. Die Katastrophe an der Grenze Polen-Belarus ist immer noch die gleiche wie seit fast einem Jahr. Menschen, die vor Krieg, Hunger und Elend flüchten, stecken fest im Niemandsland, kommen nicht vor und nicht zurück und werden schwer misshandelt. Diejenigen, die es schaffen, erwarten menschenunwürdige Unterkünfte und eine schnelle Abschiebung. Uns erreichen Berichte von Hungerstreiks in polnischen Abschiebegefängnissen. Die öffentliche Berichterstattung tendiert quasi gegen Null, der Ukraine-Krieg bestimmt die Schlagzeilen.

Wir packen's an ist an den Grenzen Polen-Belarus und Polen-Ukraine gleichermaßen aktiv. Beide Grenzen liegen nah beieinander. Und doch ist die Situation vor Ort komplett unterschiedlich. Während an der ukrainisch-polnischen Grenze Grenzbeamte frierenden minderjährigen Flüchtenden gelegentlich ihre warme Jacke anbieten, bestimmen an der anderen Grenze Knüppel, Stacheldraht und völkerrechtswidrige Rückweisungen das Geschehen. Werden an der einen Grenze pragmatische und humane Lösungen gesucht, wird an der anderen eine Mauer mit Überwachungsanlagen gebaut.

An beiden Grenzen fliehen Menschen vor Krieg und Elend, an beiden Grenzen fliehen Menschen vor dem gleichen Aggressor. Was ist der Unterschied? Die Antwort liegt auf der Hand. Die Europäische Union selektiert nach Herkunft und Hautfarbe. Der Begriff dafür heißt Rassismus.

Selektive Solidarität

Während für die einen Menschen viel getan wird, um ihnen ein sicheres Überleben fern der Heimat zu ermöglichen, wo Gesetze geändert, öffentliche Transportmittel kostenfrei gestellt und private Schlafplätze organisiert werden, wird vielen Menschen im gleichen Europa sehr viel weniger Gastfreundschaft zuteil. Großbritannien deportiert Menschen nach Ruanda, im zentralen Mittelmeer ertrinken Menschen, in der Ägäis werden Menschen illegaler Weise ohne Prüfung ihres Asylbegehrens abgeschoben und in Deutschland regiert ein Parteienbündnis, das „Abschiebepatenschaften“ im Koalitionsvertrag vereinbart hat.

Noch vor einigen Jahren wurde auf „ZEIT ONLINE“ ernsthaft diskutiert, ob wir Menschen nicht besser ertrinken lassen sollten, anstatt sie zu retten[1]. Das gleiche Gedankenspiel auf die Ukraine bezogen wirkt skandalös und würde heißen: Sollten wir die Menschen nicht lieber erschießen lassen, anstatt sie aufzunehmen?

Die Frage ist nun: Warum gelten für den Krieg in der Ukraine andere Prinzipien? Neu ist nur ein einziger Aspekt: Der Krieg findet diesmal in unmittelbarer Nähe statt und betrifft Menschen, die so aussehen wie wir. Die Erkenntnis, dass auch wir einmal zu Flüchtlingen werden könnten, ist allgegenwärtig. Es sind nicht mehr fremd aussehende Menschen mit anderer Hautfarbe, die aus einem entfernten Kriegsgebiet flüchten. Der Krieg ist in der Nachbarschaft und könnte uns selbst treffen.

Die traurige Wahrheit ist: Nicht Statistiken, nicht die Dokumentation von Not und Elend, nicht erzähltes Leid wecken unsere Empathie. Unser Empathie-Trigger wird nur aktiviert, wenn wir spüren: Wir könnten die Nächsten sein.

Gleiche Rechte für alle Menschen

Was ist nun das Fazit? Wir wären einen Schritt weiter, wenn wenigstens bestehende Gesetze und Abmachungen für alle gleichermaßen gelten würden. Menschenrechte sind universell, die Genfer Flüchtlingskonvention haben die meisten Staaten Europas unterschrieben und das Europarecht gilt zumindest in den EU-Staaten. Diese Instrumente schließen das Recht auf Gesundheit, auf Asyl und rechtsstaatliche Verfahren sowie ein Folterverbot ein. Diese Rechte sollten jedem Menschen zugestanden werden, unabhängig davon, wo, wann und unter welchen Umständen er flieht.

Die Schlussfolgerung muss daher sein: Wenn es geboten ist, ukrainischen Menschen sichere Fluchtwege zu ermöglichen, muss das auch für Menschen aus Syrien oder dem Kongo gelten. Gleiche Rechte für alle und die Abkehr von einer rassistischen Politik ist unsere Forderung, nichts mehr, nichts weniger!

Axel Grafmanns

Der Autor ist Geschäftsführender Vorstand bei Wir packen´s an und engagiert sich seit Jahren für Geflüchtete.

1 https://www.zeit.de/2018/29/seenotrettung-fluechtlinge-privat-mittelmeer-pro-contra?

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

2/2022

MIT VOLLER KRAFT RÜCKWÄRTS?

UMWELT- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK IN ZEITEN DES RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEGS

TRANSFORMATION DER LANDWIRTSCHAFT
Für eine langfristige Ernährungssicherheit
› Seite 5

FLÜSSIGERDGAS FÜR DEUTSCHLAND
Verschärfung der fossilen Abhängigkeit
› Seite 14

MÄNNER KÄMPFEN, FRAUEN FLIEHEN
Krieg als patriarchales Machtinstrument
› Seite 34

PERSPEKTIVEN AUS DER UKRAINE
Zivilgesellschaftliche Organisationen geben Einblicke
› Seite 17, 30 + 46

ISSN 1864-0982